URBANE LIGA

JAHRBUCH 2020/2021

Urbane Governance und Stadtmachen
Jahrgangspublikation 2020/2021

INHALT

VORAB **6**
INTRO **10**
VON DER PASSION IN DIE AKTION 12
PROJEKTE DER URBANEN LIGA 14
PERSPEKTIVE: KLAUS SELLE 16
VISIONEN **18**
ZUGANG UND VERGABE 20
SOLIDARISCHE PRAXIS 28
ORGANISATION UND COMMONING 40
ERGEBNISSE **48**
MANIFLUX 50
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN 54
KOSMOS DER URBANEN LIGA 56
RESSOURCEN-KOMPASS 58
MACHT STADT SOLIDARISCH 60
MEHR STOFF! **62**
IMPRESSUM **68**

VORAB

Die Urbane Liga ist ein Bündnis von Stadtmacherinnen und Stadtmachern im Alter zwischen 17 und 27 Jahren, die sich aktiv in die Gestaltung ihrer Städte einbringen.

Der Gründungsjahrgang 2018/19 behandelte Themen rund um Mitwirkung und Mitgestaltung, Zugang zu Flächen und gemeinwohlorientiertem Baurecht. Diesem folgend, startete im Oktober 2020 der zweite Jahrgang. Auf ihn bewarben sich im Rahmen einer groß angelegten Kampagne knapp 100 Akteure aus dem gesamten Bundesgebiet. 34 junge Stadtmacherinnen und

Stadtmacher aus 24 bundesweiten Projekten bilden seitdem den Jahrgang 2020/2021. Sie engagieren sich in diversen Gremien und Projekten, entwickeln neue Ideen für städtisches Zusammenleben und schaffen neue urbane Räume für Selbstentfaltung, Beisammensein und eine vielfältige Stadtgesellschaft.

Als Projektschmiede, Ideenlabor und Netzwerkplattform zielt die Urbane Liga darauf ab, das Wirken junger Erwachsener in Deutschland zu stärken. Das tut sie, indem sie deren Mitsprache im öffentlichen Diskurs fördert, inklusive Stadtvisionen entwickelt und Handlungsmöglichkeiten in der Entwicklung ihrer Städte erweitert.

Das Jahrgangsthema Urbane Governance nimmt Aushandlungsprozesse in der Stadt in den Fokus, bei denen die Einbeziehung gesellschaftlicher und politischer Akteure im Vordergrund steht. Dabei wird verhandelt, wie wir als Gesellschaft in Zukunft gemeinsam leben wollen. Urban Governance verlässt Plenarsäle und Amtsstuben und bezieht so vielfältige Perspektiven in den Städten lebender Menschen mit ein.

Dieser Ansatz trägt dazu bei, dass sich mehr Menschen daran beteiligen, Lösungsvorschläge für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden und umzusetzen. Er kann ein Schlüssel

zur Stärkung der Krisenfestigkeit und Innovationskraft in Städten sein.

Städtische Herausforderungen, wie Flächenkonkurrenz im öffentlichen Raum, mangelnder bezahlbarer Wohnraum oder vertrocknete Bäume im Park aufgrund klimatischer Veränderungen, verdichten sich auf Quartiersebene. Quartiere eignen sich ausgezeichnet als Experimentierfelder für innovative Ansätze in allen Bereichen der Stadtentwicklung. Die Identifikation der Menschen mit ihrem unmittelbaren Umfeld ist dort am ausgeprägtesten.

Hier setzt das Wirken der Urbanen Liga an.

INTRO

„Wie schaffen wir es,
kooperative Strukturen zwischen
Zivilgesellschaft, Politik und
Verwaltung zu entwickeln?“

Urbane Liga 2020/21

VON DER PASSION IN DIE AKTION

WARUM DIE ARBEIT VON STADTMACHERINNEN UND STADTMACHERN SO WICHTIG IST

Lange Zeit für stabil und gegeben Geglaubtes ist brüchig geworden Das stellt Weichen für tagtägliche Entscheidungen neu. Multiple Krisen unserer Zeit sind derart komplex, dass Lösungsansätze nicht allein von Politik und Verwaltung entwickelt werden können. Vielfältige Ansätze und Strategien sind nötig, um zu erreichen, dass unsere Städte und Infrastrukturen auch in Zukunft dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Dazu muss diese explizit mit all ihren Facetten, inklusive marginalisierter Perspektiven, einbezogen werden.

Immer mehr Menschen fordern Mitsprache bei der Gestaltung ihrer Stadt über das Übliche hinaus. Dabei geht es nicht um Partizipation an Planungsvorhaben im Sinne des Baugesetzbuches oder um indirekte Beteiligung an Regierungsangelegenheiten über Wahlen. Diese Art der Beteiligung ist in deutschen Kommunen seit Jahrzehnten erprobt, doch ihre langwierigen Prozesse und das dafür erforderliche Wissen oder schlicht Wahlrecht schließt viele Menschen aus.

Stadtmacherinnen und Stadtmacher nehmen also die Entwicklungen vor ihrer Haustür selbst in die Hand. Über kurz oder lang reift dabei die Erkenntnis, dass „die Stadt“, in der sie wirksam werden, keine homogene Akteurin ist: Sie setzt sich aus vielfältigen Gruppen zusammen, die in verschiedenen Rollen mit unterschiedlichen Erwartungen und Zielen vor Ort eine lebenswerte Zukunft aushandeln.

Vielerorts hat eine Suche danach begonnen, wie veränderte Ansätze und Modelle der Zusammenarbeit zwischen formaler Stadtentwicklung und ihren neuen Mitstreiterinnen und Mitstreitern aussehen können. Unter „Ko-Produktion“ versteht man etwa geteilte Verantwortung für Aufgaben oder die Bereitstellung öffentlicher Güter, die Kommunen nur noch schwer allein erbringen können.

Weitreichende neue Lösungsansätze zu entwickeln bedeutet eingespielte Routinen zu überprüfen, vorhandene Ansätze zu reflektieren, erprobte Handlungsansätze weiterzuentwickeln und diese umzusetzen. Das führt dazu, dass die traditionelle Rollenverteilung zwischen Kommune und Bürgerinnen und Bürgern infrage gestellt und neu verhandelt werden muss. Ko-Produktion ist somit nicht einfach die Umsetzung von Projekten in neuen Konstellationen, sondern ein Bewusstseinswandel bei allen Be-

teiligten. Verändern müssen sich Erwartungen, Vorstellungen und Formen des Miteinanders – auf allen Seiten. Das Phänomen Ko-Produktion ist per se nicht neu – es fügt sich jedoch ein in ein sich wandelndes Verständnis von Governance.

Handlungen zivilgesellschaftlicher Initiativen zeichnen sich in der Regel durch Eigensinn und Selbstorganisation aus. Dazu kommt eine auf Selbstwirksamkeit gerichteten Zielsetzung und die Eigenschaft, sich im Prozess des alltäglichen Handelns zu entwickeln. Dem entgegen folgt kommunales Handeln Normen, die rechtlich überprüfbar, kontrollierbar, transparent und mehrheitsfähig wie rational sind. Diesem Gedanken folgend wurde auch dem neuen Jahrgang der Urbanen Liga wieder deutlich: Tiefgreifendes Verständnis der Entscheidungsstrukturen innerhalb Politik und Verwaltung stellt die grundlegende Voraussetzung für jegliche Art des Aktivwerdens dar.

Urbane Governance ist kurz gesagt eine Vergesellschaftung des Regierens. Schrittweise lösen ko-produktive Ansätzen das Denken in Zuständigkeiten ab. Bei diesen entwickeln Kommunen, dem Gemeinwohl verpflichtete Unternehmen und Zivilgesellschaft gemeinsam Lösungen für ein vielfältiges Zusammenleben in der Stadt. Aus Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern werden so Stadtmacherinnen und Stadtmacher.

Diese Stadtmacherinnen und Stadtmacher übernehmen Verantwortung für Orte und Prozesse in ihrer Kommune. Dabei erschließen sie neue Aufgaben und erproben neue Rollen. Mit dem Prinzip urbane Governance legt die Urbane Liga den Blick auf eine veränderte Handlungspraxis und Art der Prozess- und Organisationsgestaltung frei. Dies tut sie nicht zuletzt, um die Notwendigkeit interdisziplinärer Kooperationen, Komplizenschaften und Kollaborationen zu betonen.

„Große politische Ziele kommen scheinbar nicht auf der Verwaltungsebene zum Tragen. Das zeigt die Erfahrung soziokultureller Initiativen, die regelmäßig eine Absage der verschiedenen Ämter auf Unterstützungsanfragen erhalten. Diese fördern oder kooperieren in der Regel nur projektbezogen, nicht aber strukturell.“

JULE ARDEN, MINHA GALERA, HÜRTH

PROJEKTE DER URBANEN LIGA

NETZWERKER, RAUMPIONIERE UND RAUMDEMOKRATEN

Die Urbane Liga besteht aus jungen Menschen, die sich bundesweit in unterschiedlichen Bereichen aktiv in die Entwicklung ihrer Stadt oder Nachbarschaft einbringen. Sie haben ein ausgeprägtes Interesse an Stadtentwicklung und gelebter Umwelt. Ihre lokal erlebten Herausforderungen, ihre Erfahrungswerte aus der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung und ihre Visionen für eine lebenswerte Stadt von morgen bilden den Kern der Agenda der Urbanen Liga.

Beispielsweise bezog der Verein minha galera in Hürth bei Köln eine ehemalige Teerpappenfabrik und hat diese zum partizipativen Zukunftslabor, kreativen Schaffensort und offener Begegnungsstätte umgestaltet. Wo früher Schrott, Dreck und Schornsteine dominierten, kamen auf circa 600 m² Menschen in offenen Werkstätten und bei vielfältigen Veranstaltungen zusammen. Der geplante Kauf des Geländes zerschlug sich wegen Altlasten im Boden und wegen fehlender Einnahmequellen des Kulturvereins während der Coronapandemie. Trotz Kurswechsel hat der Verein jedoch neue Projekte initiiert und setzt sich für den Aufbau vielfältiger Gemeinschaften in der Stadt und im ländlichen Umland ein.

Die Gruppe rund um den selbstorganisierten und selbstverwalteten Community Space Torhaus Berlin bildet eine Plattform für Projekte, in denen kreative Formen städtischer Teilhabe und gemeinsamen Gestaltens ausprobiert werden. Sie fordert, ganz nach dem Ansatz des Empowerments und Selbermachens, einen Paradigmenwechsel in der Planung des alten Flughafengebäudes. Anstelle des Planens für marginalisierte Gemeinschaften soll das Planen von marginalisierten Gemeinschaften treten. Ihr niedrigschwelliges Programm umfasst Aktivitäten vom gemeinsamen Radiomachen bis hin zur Gründung eines Kochkollektivs. Das schafft neue Zugänge zu Planungsprozessen für Menschen, denen diese Diskurse sonst oft verwehrt bleiben.

Als Brücke zwischen Universität und Stadt hat das in:takt einen neuartigen Raum des Austauschs und der Ideenfindung in Magdeburg etabliert. Das Projekt ist offen für alle, die das Ladenlokal als Arbeitsraum, Debattierraum, Proberaum oder Werkstatt mitgestalten wollen. Das in:takt ist in einer Kooperation zwischen Studierenden, Stadt und lokaler Wirtschaft entstanden. Hier liegt allerdings auch die größte Herausforderung: Eine

„Urbane Governance ist vor allem eins: verwirrend, komplex, intransparent und schwer zu verstehen. Das hindert junge Menschen an der Teilhabe und am Zugang zur ko-produzierten Stadt."

LÉON GROSS, DONUT KOALITION, BERLIN

kontinuierliche Förderung genutzter Räume gibt es nicht, so dass immer wieder in Frage steht, ob das Projekt als Freiraum in der Innenstadt weiter existieren kann.

Die studentische Initiative club loko tritt an für mehr Teamspirit in der Münchner Stadtentwicklung: Mit dem lokomobil, einem Kiosk für lokale Ko-Gestaltung haben sie einen niedrigschwelligen Begegnungsraum in der Nachbarschaft geschaffen. So stoßen sie spielerisch die Erkenntnis an, dass Stadtgestaltung nicht nur „von oben" erfolgt, sondern jede und jeder Einzelne sich aktiv in die Gestaltung von Stadt einbringen kann.

Das Mikropol ist ein selbstorganisiertes Stadtteilzentrum im Gebäude eines ehemaligen Toilettenhäuschens unweit des Geländes der ehemaligen Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Hamburg Rothenburgsort. Es ist ein Testort nachbarschaftlicher Aushandlung, der von allen Menschen für Zusammenkünfte, Diskurs und Zusammenarbeit genutzt werden kann. Die Beteiligten setzen von hier aus Impulse, die dazu führen sollen, dass man das benachbarte Monopol-Gelände für die Nachbarschaft öffnet: Doch bisher lehnt der Bund (BImA) den Verkauf des Geländes an die Stadt Hamburg auf Basis des vorgelegten Finanzierungskonzeptes der Initiative ab. So bleibt weiterhin die Frage: Wie erreicht man, dass das langjährige Engagement von stadtgestaltenden Initiativen wie dem Mikropol in Politik und Verwaltung auf fruchtbaren Boden fällt?

Im dritten Denklabor wurde gemeinsam ein Maniflux, also ein erweiterbares Manifest, erarbeitet.
Foto: Alexander Ullmann © stadtstattstrand

PERSPEKTIVE: KLAUS SELLE

ZEHN THESEN ZUR ZUSAMMENARBEIT VON STADTVERWALTUNG UND STADTMACHERN

Klaus Selle studierte Stadtplanung und war an den Universitäten Dortmund und Hannover tätig, bevor er 2001–2018 den Lehrstuhl Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen übernommen hat. In der Praxis wirkte und wirkt Klaus Selle an einem breiten Spektrum von Planungsaufgaben mit. Als Gast im zweiten Denklabor der Urbanen Liga gibt Klaus Selle den aufstrebenden Stadtmachern zehn Thesen zur Zusammenarbeit mit Stadtverwaltungen auf den Weg. Dabei nimmt er Bezug zur übergeordneten Fragestellung des Jahrgangs: „Wie schaffen wir es, kooperative Strukturen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zu entwickeln?“

01 AUF DEN INHALT KOMMT ES AN

Die eingangs gestellte Frage lässt sich eigentlich erst dann präzise beantworten, wenn klar ist, um welche Ideen und Ansätze es geht. Erst dann ergibt sich eine sinnvolle Fragen-Folge: zuerst WAS, dann: WER, dann: WIE…

02 DER WEG ÜBER VERWALTUNG ODER POLITIK IST VIELFACH WEDER NÖTIG NOCH ZIELFÜHREND

Es gibt so viele Player in der Stadt, die möglicherweise ein offenes Ohr für neue Ideen haben – und auf sehr viel unkompliziertere Weise tätig werden könnten. Wenn es gelingt, deren Interesse zu wecken und/oder die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu nutzen, lassen sich Projekte vielfach leichter realisieren als auf dem langen und steinigen Weg durch Politik und/oder Verwaltung. Praktische Folgerung: Zuerst klären, ob und warum überhaupt öffentliche Ressourcen zwingend benötigt werden.

03 FÜR DIE WAHL DER WEGE IST EINE AKTEURSANALYSE UNERLÄSSLICH

Bevor man zur WIE-Frage kommt, ist die WER-Frage zu klären: Wer müsste, wer könnte bei einem Projekt mitmachen, wer hat Nutzen davon, welche Bündnispartner gibt es, wessen Ressourcen sind notwendig, welche mobilisierbar…?

04 AUF DIE EIGENE KRAFT KOMMT ES AN

Was kann/könnte man aus eigener Kraft lösen? Ist das Projekt skalierbar? Gehts auch etwas kleiner oder etwas anders? Ließe sich zum Beispiel eine Pilotphase vorstellen, mit deren Erfolg man dann Ressourcen einwirbt?

05 GEMEINSAM KANN MAN WEITER KOMMEN

Was man allein nicht schafft, ist vielleicht mit anderen möglich. Daher sollte im Rahmen der Akteursanalyse

geprüft werden, ob Kooperationen mit anderen, die ähnliche Ziele verfolgen, möglich sind. Das setzt aber zum Beispiel Kenntnis von und Anschlussfähigkeit zu vorhandenen Organisationen & Netzwerken voraus.

06 SONDERBEHANDLUNG SOLLTE WEDER VERLANGT NOCH ERWARTET WERDEN

Gleichbehandlung ist einer der zentralen Grundsätze funktionierender öffentlicher Verwaltungen. Was wir für andere anmahnen, muss auch für eigene Vorhaben gelten. Allerdings sind die Akteure und die Durchsetzungsfähigkeit ihrer Interessen sehr ungleich. Das bedeutet, »schwache« Interessen (etwa aus der Kultur etc.) müssen »laut« und hör-/sichtbar werden (Verbundbildung, gemeinsame Außendarstellung/Lobbying).

07 OHNE KENNTNIS VON ZUSTÄNDIGꝛKEITEN, VERFAHREN UND WEITEREN RAHMENBEDINGUNGEN KOMMT MAN NICHT WEIT

Man muss sich kundig machen, um sich an die richtigen Stellen wenden zu können – und dort als Gegenüber ernst genommen zu werden. Das setzt eigene Recherchen (auch wenn sie angesichts schwer verständlicher Strukturen und Texte gelegentlich mühsam sind) voraus – und den Erfahrungsaustausch mit anderen (Netzwerke/ Urbane Liga etc).

08 ES KOMMT AUF DIE BRÜCKENKÖPꝛFE AN

Wenn es gelingt, Personen in Politik und Verwaltung zu finden, die der Projektidee positiv gegenüber stehen, ist das sehr hilfreich für die Navigation in »fremden Welten«. Das Prinzip der Brückenköpfe zur Außenwelt kann auch Teil der Modernisierung von Verwaltungen sein („one-stop-agencies“, Ombudsleute zum Beispiel für Bürgerengagement etc.).

πωђøꝛ¤ãK øqÈqø-øђqëøђdKcã dø

Kreativ ist, wer nicht nur eine neue Idee hat, sondern auch kreativ an deren Umsetzung herangeht. Das wird im Bild der „T-Kreativität“ zum Ausdruck gebracht: Der horizontale Balken steht für die hochfliegende (neue) Idee, der vertikale für dessen „Erdung“, für kreative und zielführende Umsetzungsstrategien.

10 ZULETZT: ES MANGELT SELTEN AN GELD, EHER AN GUTEN IDEEN

Dieser Satz von Karl Ganser (u. a. ehemaliger Leiter der Internationalen Bauausstellung Emscher Park) soll Mut machen. Er besagt aber nicht, dass Geld und andere Ressourcen Initiativen hinterhergeworfen würden. Man muss vielmehr die Wege zu ihnen finden. Dabei ist – ganz im Sinne der Governance-Perspektive – der Blick auf andere Akteure (→ These 2, 3, 8), die es zu gewinnen gilt, ebenso wichtig, wie die eigene T-Kreativität (→ These 9). Und natürlich: Kommunikation und Ausdauer. Viel Erfolg dabei.

VISIONEN

Drei Tiefenbohrungen haben dem Themenkomplex „Urbane Governance“ auf den Zahn gefühlt. Daraus entstanden Handreichungen für Mitstreiterinnen und Ansprechpersonen in Politik und Verwaltung.

Mit ihren Projekten fördern die jungen Stadtmacherinnen und Stadtmacher ein vielfältiges Zusammenleben und eine nachhaltige Entwicklung von Nachbarschaften und Quartieren. Ob ländlicher Raum, Kleinstadt oder Großstadt, die Bedürfnisse in der praktischen Umsetzung der verschiedenen Projekte sind über die jeweiligen stadträumlichen Kontexte hinweg vergleichbar: Allen geht es um die Frage nach Zugang zu Raum, der Inklusion in Mitwirkungsprozessen und um die Frage nach neuen Wegen der Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Grundlegend fehlt bei den neuen stadtgestaltenden Akteuren jedoch das Wissen und der Überblick über Verwaltungsstrukturen, politische Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse und Möglichkeiten der Einflussnahme, um Ideen und Ansätze leichter realisieren zu können. Um ihre Projekte in kleinen und großen Städten zu stärken, arbeitet die Urbane Liga an neuen Formen des Aushandelns und Entscheidens in der Stadtentwicklung und diskutiert diese mit dem Bund.

In drei tief gehenden Diskussionen wurde der Themenkomplex Urbane Governance einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die nachfolgenden Empfehlungen an politische und administrative Akteure leiten sich aus den Erkenntnissen der Denklabore, den Diskussionen mit den Staatssekretären und der Ko-Forschung ab. Sie geben Hinweise darauf, wie das bürgerschaftliche Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Stadtentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes in Zukunft gefördert werden kann.

ZUGANG & VERGABE

WARUM EINE GERECHTERE VERTEILUNG ÖFFENTLICHER GÜTER NÖTIG IST

Eine queerfeministische Lesereihe in einer aus der Nutzung genommenen Passage, ein vielfältiges Nachbarschaftszentrum auf einer jahrzehntelang brachliegenden Bahnliegenschaft, ein kreativer Protest auf selbstgebauten Flößen: Vielfältige Ressourcen sind nötig, um solche Projekte umzusetzen. Geld, Genehmigungen, Zugang zu Gebäuden oder Grundstücken sowie (personelle) Unterstützung der kommunalen Verwaltung und Politik sind solche Ressourcen. Oft beginnen Akteure, die sich einen Weg durch das Dickicht von Behörden bahnen, bei jedem Projekt neu, Gelder und Prozesswissen zu akquirieren.

Common Ground ist beispielsweise ein interdisziplinäres Kollektiv, das sich mit der Aktivierung von innerstädtischen Freiräumen in München auseinandersetzt. Dabei sind sie auf verschiedenen Ebenen auf Ressourcen zur Umsetzung ihrer Projekte angewiesen. Seit 2018 erforschen sie, wie Stadtraum künstlerisch und kulturell (zwischen)genutzt werden kann. Dabei hatten sie oft das Glück, dass sie sich gar nicht selbst auf die Suche nach Raum machen mussten, sondern direkt aus ihrem Netzwerk angefragt wurden. Erfahrungen und Kontakte aus jahrelanger Kooperation mit der Stadtverwaltung und -politik helfen dem Kollektiv auch bei der Konzeption und Umsetzung ihres aktuellen Projekts: Es betrifft eine Zwischennutzung des ehemaligen Branntweinareals in München, welches sich im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) befindet. Dafür haben sie in den letzten eineinhalb Jahren mit circa 150 Personen aus Verwaltung, Ministerien, Bundesämtern und Parteien gesprochen. Sie haben viel Überzeugungsarbeit geleistet, um auf dem Areal gemeinsam einen Ort der Begegnung für Skill-Sharing, Kreativität, urbane Praxis und integrativen, transdisziplinären Austausch zu schaffen.

Am Münchner Beispiel wird deutlich: Zwar mag die jeweilige Situation spezifisch scheinen, die Herausforderungen im Umgang mit fehlenden Ressourcen (Zugang zu Raum, Information und Geld) sind jedoch vielerorts die Gleichen. Diese Beobachtung war Ausgangspunkt der Ko-Forschung der Urbanen Liga. Gemeinsam sollte ein Wissenstransfer angestoßen werden, der bestehenden und zukünftigen gemeinwohlorientierten Projekten den Zugang zu benötigten Ressourcen erleichtert. Dies soll dazu führen, dass nicht jede Stadtmacherin und jeder Stadtmacher mit unzähligen Personen

aus Politik und Verwaltung sprechen muss, bevor sie ihre Ideen umsetzen kann.

Im Rahmen der Ko-Forschung haben die Mitglieder der Urbanen Liga kollektives Wissen über die Art benötigter Ressourcen zugänglich gemacht. Sie haben verschiedene Mittel und Wege gesammelt, wie diese Ressourcen gehoben werden können.

Der entstandene Ressourcen-Kompass präsentiert die Ergebnisse dieser Sammlung im handlichen Posterformat. Er skizziert Entscheidungsprozesse, spezifiziert relevante Gremien und Organe in Politik und Verwaltung und beschreibt, wie über die Vergabe von Flächen entschieden wird. So bietet er Orientierung im Zugang zu urbanen Ressourcen. Er erleichtert für zivilgesellschaftliche Akteure die erfolgreiche Umsetzung von gemeinwohlorientierten Projektideen.

Die Ergebnisse aus der selbstorganisierten Ko-Forschung wurden beim vierten Denklabor Staatssekretär Rolf Bösinger präsentiert.
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

FORDERUNGEN

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER URBANEN LIGA

In der alltäglichen urbanen Praxis der Stadtmacherinnen und Stadtmacher fehlen oft eine transparente Informationsgrundlage sowie passende Ansprechpersonen. Die verschiedenen Geschwindigkeiten von Verwaltungspraxis und situativem Handeln der Akteure erschweren die Arbeit zusätzlich. Eine Übersicht über verfügbare öffentliche Flächen und entsprechende Ansprechpersonen zu diesen, kann die Arbeit der Stadtmacherinnen und Stadtmacher erheblich erleichtern. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass Zugang zu Raum für viele Ideen des Stadtmachens eine Grundvoraussetzung ist, hat die Urbane Liga vorgeschlagen, ein transparentes Liegenschaftskataster von Flächen im Besitz des Bundes zu erstellen.

01 URBANE POTENZIALFLÄCHEN SICHTBAR MACHEN

Immer häufiger sehen sich Jugendliche mit dem Verlust bestehender Projekträume konfrontiert. Eine Akquise von neuen Räumlichkeiten erweist sich in Zeiten steigender Grundstücks- und Gebäudepreise als äußerst schwierig. Deshalb bedarf es auf Bundesebene eines Aktivierungsprogramms soziokultureller Räume für junge Menschen. Ein solches vereinfacht den Zugang zu Raumressourcen erheblich. Die Urbane Liga schlägt vor, ein gewissen Prozentsatz ungenutzter Flächen, die im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sind, gemeinwohlorientierten Projektentwicklerinnen und -entwicklern zur Verfügung zu stellen. Dies soll gemeinwohlorientierte Nutzungen nachhaltig fördern. Damit verfügbare Flächen der BImA sichtbar gemacht werden, müssen diese zunächst kartiert werden.

Aus einer Anfrage über die Webseite „Frag den Staat“ vom April 2022 geht hervor, dass die BImA in Besitz von 180.188 Flächen bundesweit ist. Ob diese Flächen momentan genutzt werden oder in Zukunft von der BImA genutzt werden könnten, wird aus dieser 2.000 Seiten langen Liste jedoch nicht deutlich.

Um Flächen zu ermitteln, über die es sich zu verhandeln lohnt, wird ein Register empfohlen, das verfügbare Flächen oder Gebäude für kurz-, mittel-, und langfristige Nutzungen in Größe und Zustand (z. B. Altlasten oder Bauliches) sowie mit Hinweis auf das jeweilige Bau-, Planungs- und Nutzungsrecht aufführt.

Dieses Register soll öffentlich zugänglich sein und in einer deutschlandweiten Kampagne für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Ziel des Registers ist es, auf den ersten Blick ansonsten „unbrauchbare“ Flächen für experimentelle Formate zu erheben und sie so einer öffentlich zugänglichen Nutzung zuzuführen.

02 ZUSTÄNDIGKEITEN IN DER VERGABE ÖFFENTLICHER LIEGENSCHAFTEN DARSTELLEN

Für die Vergabe oder Verpachtung von Liegenschaften, die sich in öffentlichem Eigentum befinden, gibt es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene unterschiedliche Zuständigkeiten. Beispielsweise wird ein erheblicher Anteil der Flächen des Bundes von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verwaltet, die der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums untersteht. Weitere Flächen auf Ebene der Länder und Kommunen werden durch Anstalten des öffentlichen Rechts oder durch stadt- bzw. landeseigene Gesellschaften verwaltet. Politische Entscheidungsträger beaufsichtigen diese.

Hinsichtlich der Nutzung dieser Ressourcen stehen junge Stadtmacherinnen und Stadtmacher einem komplexen System gegenüber. Es beinhaltet die Zuständigkeiten, Regeln und Möglichkeiten von Verwaltungen oder landes- und bundeseigenen Unternehmen. Um hier mehr Klarheit zu schaffen, empfiehlt die Urbane Liga eine systematische Darstellung dessen, wie Grundstücke in öffentlicher Hand vergeben werden. In dieser soll insbesondere auf die mit der Vergabe verbundenen politischen Entscheidungsprozesse, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten auf Stadt-, Landes- und Bundesebene eingegangen werden.

Aufkleber und Anstecknadeln der Urbane Liga
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

PROJEKT BLITZLICHTER

PROJEKTE DER URBANEN LIGA, DIE HIER INHALTLICH ANKNÜPFEN

Die Werkstätten des Minha Galera e.V. in Hürth. Foto: © Tristan Crampe

MINHA GALERA, KÖLN

Das Kollektiv minha galera e.V. aus Köln gestaltet und erprobt zukunftsfähige Formen der gemeinschaftlichen Arbeit und des Zusammenlebens. Nach einigen Open-Airs und temporären Aktionen in der Stadt keimte bald der Wunsch, langfristig gemeinsam handwerklich und gestalterisch zu arbeiten. Nachdem eine alte Industriehalle dem Kollektiv nach drei Jahren Nutzung nicht weiter zur Verfügung stand, fand man kurzerhand eine neue Halle. Diese betreibt das Kollektiv heute in Form einer Genossenschaft. Der Großteil dieser Fläche wird an kreative Gestalter und Handwerkerinnen untervermietet. Den Rest nutzt der Verein selbst als Lager und für Ausstellungen oder kleinere Veranstaltungen.

COMMON GROUND, MÜNCHEN

Das interdisziplinäre Kollektiv Common Ground vereint Expertinnen und Experten zum Thema Zwischennutzungen. So wurde zum Beispiel das Projekt „Gabriele“ 2020–2021 gemeinsam mit anderen Menschen aus der Kreativszene Münchens in einer ehemaligen Berufsschule konzipiert und realisiert. Das Gebäude war zunächst in städtischem Besitz, wurde an eine Immobilienfirma verkauft und sollte abgerissen werden. Statt sofortiger Baugrube entstanden hier in der Pandemie temporäre Arbeitsräume für Kreativschaffende. Aktuell befindet sich eine Zwischennutzung des ehemaligen Branntweinareals in München im Visier des Kollektivs. Es möchte dort gemeinschaftlich einen Ort der Begegnung für Skill-Sharing, Kreativität, urbane Praxis und integrativen, transdisziplinären Austausch schaffen.

MIKROPOL, HAMBURG

Seit der Schließung des ehemaligen Stadtteilzentrums in Hamburg-Rothenburgsort fehlt ein Raum für die Nachbarschaft. Statt gegen die Schließung zu protestieren, beschloss eine Initiative, direkt gemeinsam ein neues zu entwickeln. Kurzerhand entstand aus einem ehemaligen Toilettenhäuschen ein erster Prototyp für einen niederschwelligen Begegnungsort. Mikropol hat sich seitdem zum Pla-

nungsort entwickelt. Von hier aus wird die dauerhafte Nutzung eines Grundstücks der BImA in unmittelbarer Nähe verhandelt, das die vielen Bedarfe der Nachbarschaft in den Blick nimmt.

CLUB LOKO, MÜNCHEN

Gemeinwohlorientiert und im „Ko“ arbeitet club loko aktivierend, nachhaltig und inklusiv an Lösungen für eine zukunftsfähige, resiliente Stadt(-gesellschaft) in München. Mit ihrem lokomobil, einem mobilen Beteiligungskiosk, fahren sie direkt an den Ort des Geschehens. Auch wenn für ihre Aktionen kein konkreter Raum gebraucht wird, so sind selbst doch für temporäre Aktionen (im öffentlichen Raum) oft Genehmigungen und ein passender Ort nötig. Sie müssen manche Umwege machen, um zum jeweiligen Ziel zu kommen: Zum Beispiel melden sie eine Demonstration an, um einen Parkplatz für einen Tag anders zu bespielen. Manchmal muss man kreativ werden, um die Lücke im System zu finden.

TORHAUS BERLIN

Das Torhaus ist eine Initiative im ehemaligen Pförtnerhaus des Flughafens Tempelhof in Berlin, die dort einen Community Space betreut. Große Teile des Flughafens stehen leer und man verhandelt seit Jahren die Zukunft des Gebäudes. Seit September 2018 wächst eine Gemeinschaft rund um das ehemalige Pförtnerhaus, die für eine andere Art der Stadtgestaltung steht. Neben einem eigenen Radio (THF Radio) ist ein Verein entstanden, der eine mindestens auf zehn Jahre vertraglich gesicherte Perspektive geschaffen hat.

ADAPTER STUTTGART

Der Verein Adapter e.V. ist bereits seit 2018 auf der Suche nach Gewerbeflächen in Stuttgart, um dort temporäre Wohnexperimente umzusetzen. Jede Stadt ist anders, aber die meisten der folgenden Learnings bei der Raumsuche sind sicherlich allgemein anwendbar: Je kürzer die Nutzungsphase, desto einfacher gestaltet sich die Suche. Zugang zu städtischen Liegenschaften zu erhalten ist meist komplizierter als zu privaten. Nachbarinnen und Nachbarn geben die besten Auskünfte über Eigentumsstrukturen einer Liegenschaft, Beharrlichkeit lohnt sich und Netzwerke und permanenter Austausch sind bei der Suche unverzichtbar. Aktuell bereiten Adapter ein temporäres Wohnprojekt in einer alten Gewerbehalle vor. Wenn’s dann klappt, geht’s schnell.

THF Radio ist die Radiostation im ehemaligen Pförtnerinnenhaus am Flughafen Tempelhof.
Foto: © Torhaus Berlin e.V.

PERSPEKTIVE: MARKUS BADER

ZU GAST ZUM THEMA URBANE PRAXIS: MARKUS BADER, RAUMLABOR BERLIN

Urbane Praxis kombiniert die Freiheit der Kunst mit der mittel- und langfristigen Perspektive von Stadt und Stadtentwicklung. Da Stadt immer im Werden und sich verändern ist, passen die beiden Begriffe gut zusammen. Sowohl Stadt als Prozess als auch als Praxis – das Handeln – beinhalten eine Dimension der Zeit. Darüber hinaus war es der französische Soziologe Henri Lefebvre, der argumentiert hat, dass die Verbindung von Stadt und Land so intensiv sind, dass sie nicht mehr als Gegensätze begriffen werden können. Statt von Stadt und Land als Gegensätzen zu sprechen, schlägt er vor, von dem „Urbanen“ zu sprechen.

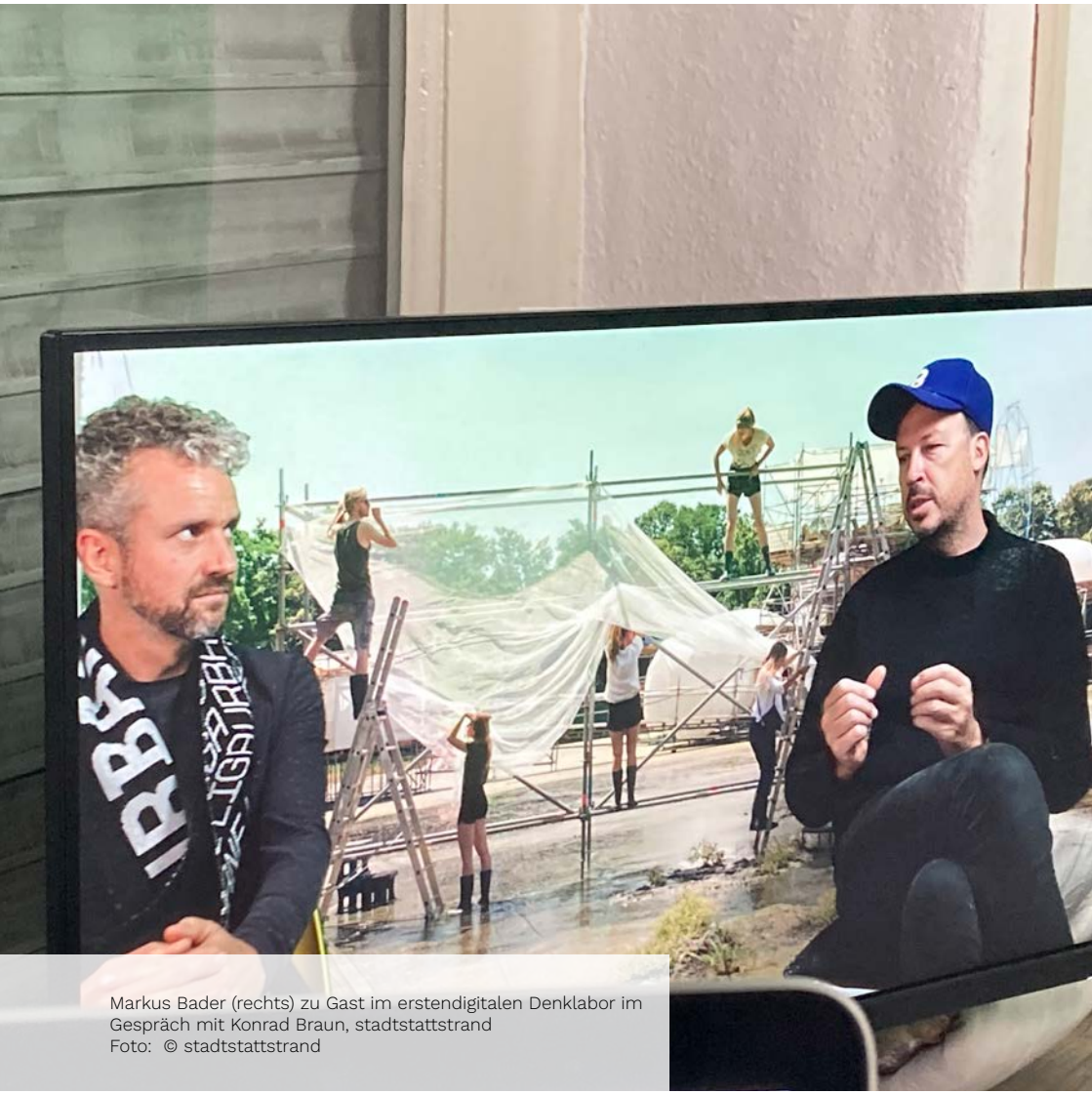
Urbane Praxis kann dabei helfen, neue Imagination für das Gemeinwesen des Urbanen zu erfinden. Wenn Menschen gemeinsam an möglichen Zukünften brüten und tüfteln und dabei das Imaginäre durch ihr Handeln in die Wirklichkeit bringen, können Mikro-Utopien entstehen soziale und räumliche Situationen, in denen die Verhältnisse unter den Akteurinnen und Akteuren anders konstruiert sind als sonst. Hierfür ist beides wichtig: die Idee und die Handlung. Zunächst einmal meint Imagination, etwas anders als sonst immer zu tun. Mit der Handlungsebene der „Praxis” wird diese Imagination für andere als Erlebnis geöffnet. So wird die Imagination aus der Zukunft in die Gegenwart geholt, in dem sie direkt im Kleinen ausprobiert werden kann.

Wir erwarten viel von den öffentlichen Räumen in unseren Städten: Öffentlichkeit ist nicht durch eine physische Offenheit gewonnen, sondern muss durch gemeinsames Handeln hergestellt werden. Öffentliche Räume, so verstanden, sind offene städtische Räume, in denen Menschen gemeinsam etwas tun. Sich ausdrücken, sich austauschen, etwas darstellen, etwas infrage stellen, abhängen, performen. Das wird durch die Stadtmacher tagtäglich unter Beweis gestellt. Damit tragen sie einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen offener Städte bei.

www.raumlabor.net

VITA

Markus Bader studierte Architektur in Berlin und London. Mit dem Prinzip der urbanen Praxis setzt er sich für Raum- und Stadtproduktion als akteursbasierte, kulturelle Praxis ein. Er interessiert sich für Situationen, in denen man die gesellschaftliche Transformation in Mikro-Utopien ausprobiert. Diese machen neue Imaginationen von Stadt temporär begeh- und aushandelbar. Bader hat eine Professur am Institut für Architektur und Städtebau der Universität der Künste, Berlin und ist Mitbegründer der Gruppe raumlaborberlin.



Markus Bader (rechts) zu Gast im erstendigitalen Denklabor im Gespräch mit Konrad Braun, stadtstattstrand
Foto: © stadtstattstrand

SOLIDARISCHE PRAXIS

WARUM DIE STIMMEN MARGINALISIERTER GRUPPEN IN STÄDTISCHEN GOVERNANCE-STRUKTUREN BESSER REPRÄSENTIERT WERDEN MÜSSEN

Macht ist ein diffuses Wort. In der heutigen Gesellschaft zeigt sich Macht zum Beispiel im Zugang zu Ressourcen oder der Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Darüber, wie Macht verteilt ist, bestimmen gesellschaftliche Strukturen. Teil dieser Strukturen sind Privilegien und Diskriminierung. Wenn Menschen diskriminiert und benachteiligt werden, bedeutet das, dass auf der anderen Seite Menschen bevorzugt und somit privilegiert werden. Privilegien sind also eng mit Diskriminierung verknüpft: Wenn wir über Diskriminierung sprechen, müssen wir im selben Zuge immer auch über Privilegien sprechen. Beide spiegeln die ungleiche Verteilung von Macht wider.

Städte sind Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt. Jedoch haben nicht alle Menschen die gleichen Möglichkeiten, bei der Gestaltung von Stadt mitzumachen und mitzubestimmen. Privilegierte Menschen, die sich in der vorherrschenden Ordnung und den daraus resultierenden Strukturen zurechtfinden, haben mehr Möglichkeiten, ihre Wünsche für die Stadt auszusprechen und umzusetzen.

Seitens der Politik, aber auch sozialer Bewegungen, werden zunehmend Forderungen nach Diversität laut. Auch im Bereich Stadtgestaltung ist die Forderung nach einer „Stadt für alle“ präsent, in der Vielfalt und Diversität gelebte städtische Realität sind. Der Begriff der urbanen Praxis steht dabei für eine neue Perspektive auf Stadtgestaltung. Mit diesem wird der Stadtplanung von oben das Ziel einer „Stadt für und von allen“ entgegengesetzt. Damit ist eine selbstverwaltete, zivilgesellschaftlich initiierte und kooperative Gestaltung von Stadt gemeint. Trotz dieses erweiterten Verständnisses und der daran anknüpfenden Praxis ist die Gestaltungsmacht in urbanem Gebiet weiterhin an strukturelle Privilegien geknüpft: Wer hat Zugang zu Räumen? Welche Projekte werden gefördert? Wem wird urbaner Raum zugesprochen? Wer ist an Prozessen beteiligt? Wessen Bedürfnisse werden gehört?

Die Urbane Liga fordert eine urbane Praxis, die sich dieser ungleichen Zugänge und Machtungleichheiten bewusst ist und diese aktiv aufbricht. Im Rahmen der Ko-Forschung schuf man deshalb Raum für vielfältige Perspektiven auf urbane Praxis. Hier kamen Perspektiven zur Geltung, die zu oft von privilegierten Positionen ignoriert und unsichtbar gemacht werden. Das daraus entstandene Handbuch „Macht Stadt Solidarisch“

zeigt auf, was Macht, Privilegien und Diskriminierung mit Stadtentwicklung zu tun haben. Es gibt praktische Hinweise und Denkanstöße, wie Diversität und Gleichberechtigung zunehmend Einbezug bei der Entwicklung unserer Städte haben können.

Im Zuge einer selbstreflexiven Suche fragten sich die Stadtmacherinnen und Stadtmacher, aus welchen Positionen und mit welcher Haltung das Feld der urbanen Praxis üblicherweise beschrieben wird. Eins wurde dabei deutlich: Urbane Praxis muss aus vielfältigen Perspektiven gedacht und die bisherige eigene Praxis kritisch reflektiert werden. Die Macht zur Gestaltung von Stadt ist immer noch stark mit Privilegien verknüpft. Aufbrechen lässt sich dies durch sprachliche Abrüstung, echte Solidarität in der eigenen Praxis und ein Bewusstsein für die eigenen Privilegien und Positionen. Zudem gilt es zu erkennen, dass Diskriminierungen und Marginalisierung häufig gleichzeitig auftreten (Intersektionalität). Die Ansätze müssen also vielfältig und umfassend sein.

„Sich selbst aktiv mit den eigenen Privilegien auseinanderzusetzen, kann ein schmerzhafter Prozess sein, der mit Schuld und Scham einhergehen kann.“

MACHT STADT SOLIDARISCH

Um gegen ungerechte Verteilung von Privilegien und gegen Diskriminierung vorzugehen, gibt es unterschiedliche Ansätze. Zwei mögliche Konzepte sind Empowerment und Powersharing. Beide Konzepte befassen sich mit ungleicher Verteilung von Macht, haben jedoch verschiedene, sich ergänzende Ansätze.

EMPOWERMENT

Empowerment lässt sich als ein Prozess der Selbstermächtigung beschreiben. Es kann den gemeinsamen Austausch über Diskriminierungserfahrungen und das Verarbeiten dieser umfassen. Es kann sich auch in dem Beschreiben eigener Lebensrealität oder dem Definieren und Vertreten der eigenen Bedürfnisse widerspiegeln. Empowerment richtet sich dabei ausschließlich an Menschen, die von Diskriminierung negativ betroffen sind. Die Selbstermächtigung von Gruppen und Individuen stößt jedoch an harte gesellschaftliche Grenzen. Diese lassen kaum strukturelle Veränderungen im Sinne einer Umverteilung von Macht zu.

POWERSHARING

Das Konzept „Powersharing“ verschiebt den Fokus und nimmt Menschen mit Privilegien in die Verantwortung, zur Umverteilung von Macht beizutragen. Voraussetzung dafür ist es, aus einer relativ privilegierten Position heraus die eigenen Privilegien zu erkennen und einzuordnen. Dafür braucht es ein Bewusstsein über bestehende Machtungleichheiten und deren strukturelle Ausprägungen. Das in diesem Zusammenspiel entstehende Verantwortungsgefühl kann dazu anregen, nach Möglichkeiten für das Umverteilen von Macht und das aktive Teilen eigener Privilegien zu suchen. So ist beispielsweise das Bereitstellen von Ressourcen für das Empowerment diskriminierter Menschen und Gruppen eine Option. Das Entscheidende dabei ist, dass man beim Teilen von Ressourcen, wie Geld, Raum, Öffentlichkeit oder Kompetenz nicht über deren konkrete Verwendung entscheidet. Diskriminierte Gruppen entscheiden selbst, wofür sie die mit ihnen geteilten Ressourcen verwenden. Das bedeutet auch, es auszuhalten, wenn sich dies nicht mit der eigenen Erwartungshaltung deckt.

FORDERUNG

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER URBANEN LIGA

In den Denklaboren hat sich gezeigt, dass stadtentwicklungspolitische Initiativen Diversität, Solidarität und Intersektionalität immer noch nicht ausreichend thematisieren. Das ist aber nötig, um eine inklusive, gerechte und solidarische Stadtentwicklung zu ermöglichen. Auch in Politik und Verwaltung besteht hierfür den Arbeitsalltag noch Bedarf an Wissensvermittlung.

πρϱѴ ° : l øϱëø Aøϱë½¦ɋA ãɋë : l vϱψϱ
NEU AUFGELEGT

An der Frage der solidarischen urbanen Praxis wollen die Stadtmacherinnen und Stadtmacher der Urbanen Liga weiter forschen und das Thema breiter streuen. Sie wollen die Perspektiven in einer Fortführung des in der Ko-Forschung entstandenen Heftes „Macht Stadt Solidarisch“ weiter entwickelten und aufbereiten. Ziel ist es, sie anschließend in den Diskurs um Stadtentwicklung einzuspeisen. Hierfür wäre insbesondere eine Fortbildung zu Wissenstransfer hilfreich, die Menschen aus den Bereichen Stadtplanung, Bauaufsicht, Kultur und Soziales über „solidarische urbane Praxis“ aufklärt. Eine solche kann die Initiativen selbst für den Umgang mit Inklusion und das Teilen von Verantwortung und Macht schulen. Zur Umsetzung der Fortbildung muss man die Inhalte des Heftes vertiefend ausarbeiten. Entstehen könnten daraus vielfältige didaktische Vermittlungsformate wie zum Beispiel das von der Urbanen Liga vorgeschlagene Würfelspiel (s. u.). Die Fortbildung könnte in Zusammenarbeit mit Experten aus den stadtgestaltenden Initiativen und den Verwaltungsakademien der Länder konzipiert und durchgeführt werden.

Die Erkenntnisse der Ko-Forschung speisen sich aus der eigenen Praxis der Urbanen Liga und wurden angereichert durch die Erfahrungswerte Dritter.
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

PROJEKT BLITZLICHTER

OFFENLEGUNG DER PROJEKT-DNA

KOLLEKTIV ANZETTELN, BERLIN

Das kollektiv anzetteln ist ein interdisziplinäres Team, das in offenem Diskurs über gemeinsame Lebensräume in der Stadt verhandeln möchte. Es initiiert Austausch über Irritationen im öffentlichen Raum, bringt neue Narrative in die Stadt und trägt so zu mehr kooperativer Stadtgestaltung bei. Dazu entwickelt es neue Formate einer kreativen Beteiligung, um den öffentlichen Raum wieder zu einem Raum der Verhandlung zu machen. In Kooperation (z. B. mit Kiezfesten und -festivals) bringt es diese auf die Straße, um insbesondere junge Leute zu ermutigen, sich für ihre Interessen stark zu machen und ortsspezifische Probleme zu diskutieren.

CARE FOR DEMOCRACY, REGENSBURG

Den gewohnten Blick auf Demokratie versucht das Forschungsprojekt Care for Democracy zu verändern. Sichtbar wird dabei eine Demokratie, die durch eine Vielzahl von Alltags- und Sorge-Praktiken positiv geprägt wird: Junge Menschen setzen sich für das Klima ein, jemand schreitet bei Diskriminierung in der Bahn ein, Kommunen bezeichnen sich als sichere Häfen, im öffentlichen Diskurs spricht man über die Wertschätzung von Sorgearbeit. Zudem setzen Menschen selbstorganisiert stadtpolitische Projekte um. All das gestaltet Demokratie und kann auf stadtgesellschaftlicher Ebene zum Aufbau von Gestaltungsmacht marginalisierter Gruppen beitragen.

Sorgetragen für eine lebendige Demokratie.
Foto: © Miriam Kreuzer

STELLWERK OFFENBACH

Die Initiative Stellwerk Offenbach setzt sich für eine solidarische und soziale Nutzung des alten Stellwerks der Stadt ein. Das Gebäude, welches früher zur Weichenstellung der Bahn diente, gehört mittlerweile der Stadt und ist stark renovierungsbedürftig. Offenbach fehlt ein solidarischer Raum für alle und von allen. Die Initiative will mit dem Stellwerk einen solchen Ort schaffen und die „Weichen stellen", an denen aus einem Nebeneinander-Leben ein Miteinander-Leben wird. Die Idee ist, das Stellwerk für unterschiedliche selbstorganisierte Aktivitäten zu öffnen. Es soll ein offener und unkommerzieller Ort für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entstehen. Und zwar ganz gleich, ob sie feiern, spielen, lernen, sich beraten lassen, eine Aktivität planen, diskutieren oder was auch immer tun wollen.

Das Stellwerk Offenbach.
Foto: © Sophia Streit

PERSPEKTIVE: ASLI VAROL

ZU GAST ZUM THEMA INKLUSION & DIVERSITÄT: ASLI VAROL (FEM_ARC COLLECTIVE BERLIN, COOPDISCOBERLIN)

Stadtmachen kann nur verändert werden, wenn Kämpfe und Unter Stadtmachen oder urbaner Praxis verstehe ich Prozesse, die von den Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern selbst organisiert werden und zur Transformation der Stadt beitragen. Diejenigen, die von einem städtischen Problem oder Missstand betroffen sind, handeln selbst, um den Zustand zu verändern. Zum Beispiel den Mangel an bezahlbarem oder gemeinschaftlichem Wohnraum, das Fehlen von öffentlich zugänglichen konsumfreien Räumen.

Baugruppen waren oft das Beispiel für das, was uns damals im Architekturstudium als Stadtmachen von unten gezeigt wurde. Aber wir brauchen Geld und ein soziales Netzwerk, um ein gemeinschaftliches Wohnprojekt zu initiieren oder um Teil eines solchen Prozesses zu werden.

Wir brauchen Kapital, um zu handeln. Nicht nur ökonomisches Kapital, sondern auch soziales und kulturelles Kapital, Netzwerke und weitere Sicherheiten, um im urbanen Raum von unten für unser Anliegen kämpfen zu können. Das Stadtmachen von unten ist deswegen Luxus und nicht vielfältig.

Viele Menschen sind aus Teilhabe an der Gestaltung der Stadt ausgeschlossen: kein Arbeitsrecht, kurzfristiges Bleiberecht, kein Wahlrecht, Ausschluss von Räumen wegen mangelnder Barrierefreiheit oder fehlendem Geld. Wäre es nicht ein erster Schritt, wenn Stadtmacherinnen und Stadtmacher sich gegen strukturelle Ungleichheiten einsetzen würden, die viele Menschen daran hindern, sich an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen?

Ein Prozess des Stadtmachens ist dann solidarisch und machtkritisch, wenn die Ziele, Inhalte und Prioritäten auch von den marginalisierten Stimmen definiert werden. Wir reproduzieren die bestehenden Machtstrukturen, wenn wir als Initiatorinnen und Initiatoren Prioritäten und Ziele setzen und erst dann versuchen marginalisierte Stimmen einzubringen.

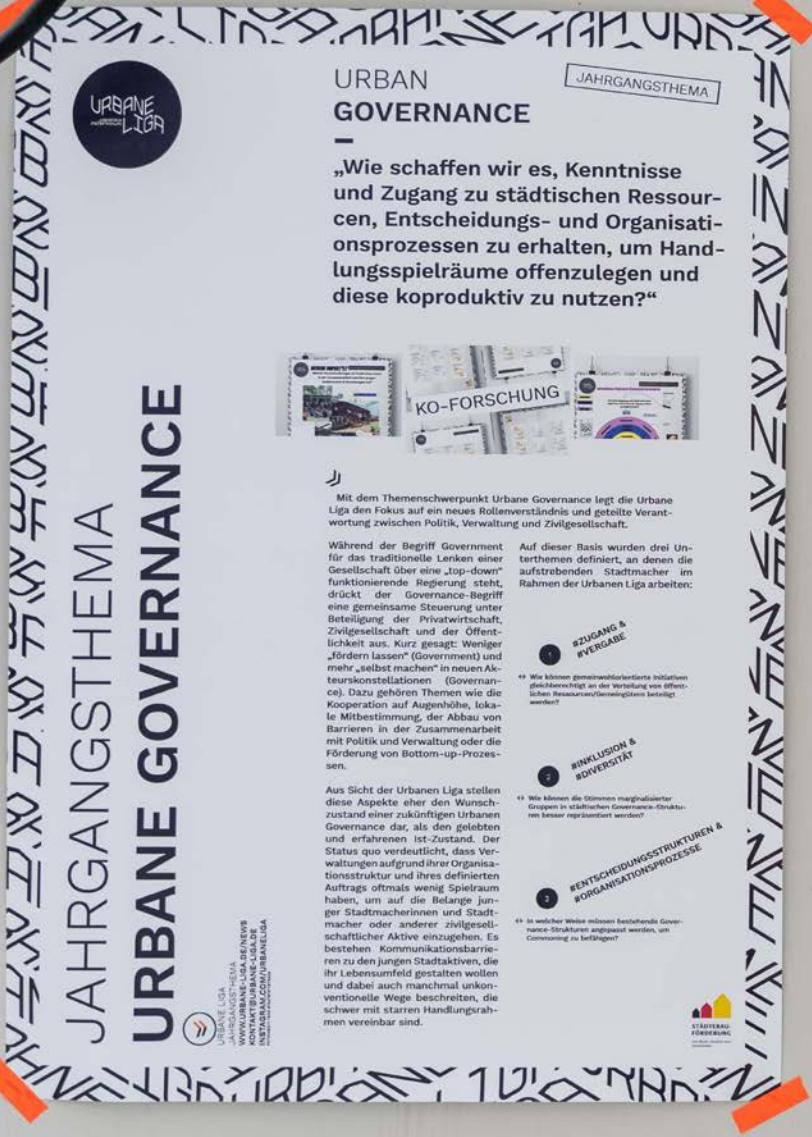
Solidarität ist, wenn wir auch Kämpfe anderer Menschen anerkennen und genauso wichtig schätzen wie unsere eigenen. Wir sollen Probleme in der Stadt, die aus unserer Perspektive unsichtbar sind, als Missstände und die Kämpfe dagegen als urbane Praxis/ Stadtmachen anerkennen. Den Luxus der Selbstorganisation können wir nur auf diese Weise mit unseren Stadt-Mitbewohnerinnen und -Mitbewohnern teilen.

VITA

Aslı Varol studierte Architektur an der TU Berlin und der UdK Berlin. Seit 2019 arbeitet sie als Architektin in der Kooperative coopdisco. Diese ist fokussiert auf Planung und Umsetzung von innerstädtischen Wohn- und Gewerbeprojekten in Selbstverwaltung. Sie ist Mitinitiatorin von Campus Cosmopolis, einem Wohn- und Nachbarschaftsprojekt von Berlinerinnen und Berlinern mit und ohne Fluchterfahrung. In ihrer Arbeit hinterfragt sie vorhandene Beteiligungsstrukturen in der Praxis. Sie erprobt partizipative Formate und Prozesse, die städtische Teilhabe unabhängig von Herkunft und Einkommen gewährleisten. Als Teil des Kollektivs fem_arc trägt sie mit künstlerischen Formaten zur Stärkung marginalisierter Stimmen in Architekturdiskurs und -praxis bei. Seit 2019 sitzt sie im Kuratorium der Stadtbodenstiftung. Deren Ziel ist es, städtische Grundstücke dem Markt zu entziehen, um diese für eine zivilgesellschaftlich gelenkte, langfristig gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung zu sichern.

„Stadtmachen kann nur verändert werden, wenn Kämpfe und Probleme von anderen anerkannt werden und die Definition, was urbane Praxis ist, von diversen Gruppen mitgestaltet wird.“ – Aslı Varol
Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

Die Ko-Forschungsprojekte entstanden zwischen den Denklaboren, wurden aber während der Treffen diskutiert.
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand



MACHT

STADT

SOLIDARISCH

Ich will die Stadt gestalten und Urbane Praxis machen. Dabei soll meine Praxis solidarisch sein. Wo ist sie das schon? Und wo nicht? Wie geht solidarisches Stadtmachen? Und welche Rolle spielt meine eigene gesellschaftliche Position dabei?

anstöße für eine arische Urbane Praxis

1h Spielzeit

3+ Menschen

Würfel basteln

1 Stift, 1 Karte pro Person

1
VOR ES GEHT...

Der Begriff der Urbanen Praxis steht für eine neue Perspektive auf Stadtgestaltung. Mit diesem wird der Stadtplanung von oben das Ziel einer "Stadt für und von allen" einer selbstverwalteten, zivilgesellschaftlichen, solidarischen Stadtentwicklung von unten gegenübergestellt. Trotz dieser Unterschiede und einer daraus folgenden Pluralität der Gestaltungsmacht, die urbanen Raum immer prägt, gibt es [illegible] Privilegien [illegible]

MACHT

UNTERDRÜCKUNG

... innerhalb der Stadt

Auch innerhalb der Stadt ist Macht ungleich verteilt. Ihr bestimmen gesellschaftlich konstruierte Kategorien darüber, ob ich mich nachts im öffentlichen Raum sicher fühle, wie ich Zugang zu Wohnraum finde, wie mich alltäglich verhalten in der Stadt bewegen kann, welche mir in Bezug von Stadt werden. Menschen, [illegible] Wohlfahrt oder Sicherheitslage.

Auch in der Mitgestaltung von Stadt führen diese gesellschaftlichen Machtstrukturen zu ungleichen Möglichkeiten, Zugang zu Ressourcen zu bekommen und an Entscheidungen beteiligt zu sein. Dennoch werden die vielfältigen Handlungsfelder der Urbanen Praxis wie Planung, Wohnraumschaffung, Politik und Forschung, aber auch Kunst und Bildung von überwiegend privilegierten Menschen ausgefüllt.

Menschen, die einen Großteil der oben genannten Fragen mit „ja" beantworten können, besitzen Privilegien in Bezug auf die Gestaltung von Stadt. Sie profitieren (ob willentlich oder nicht) von der Diskriminierung anderer Menschen. Sie tragen also in ihrem Handeln Verantwortung dafür, ob diese Machtungleichheiten weiter gefestigt oder abgebaut werden. Es ist wichtig, die eigenen strukturellen Privilegien zu reflektieren, zu teilen und dafür zu nutzen, Barrieren und Hürden sowie diskriminierende Strukturen abzubauen. Das solidarische Gestalten von Stadt kann auf diese Weise auch gegen eigene Interessen zum Abbau gegebener Machtstrukturen beitragen.

Wie kann Stadt solidarisch gestaltet werden?
Solidarisches Handeln zu machen bedeutet ganz allgemein, die Fähigkeiten und Ziele anderer – auch von Menschen, die Diskriminierung negativ betroffenen Menschen – zu unterstützen. Wie dieses unterstützende Handeln aussehen kann, ist vielfältig.

Wurde ich schon mal nach meinen Wünschen oder Bedürfnissen in Bezug auf Stadt gefragt?

Habe ich schon mal eine E-Mail, ein Schreiben o.ä. nicht verstanden?

Habe ich Zugang zu Entscheidungsräumen, bin ich Teil von Gremien, die Stadt mitgestalten, und kann dort meine Perspektive einbringen?

Habe ich Zugang zu Informationen, die mir helfen, mich in Stadt zu bewegen und mich zu orientieren?

Habe ich Zugang zu Förderungen?

Bin ich mir einer Privilegien in der Gesellschaft bewusst?

2
CHECK DEINE PRIVILEGIEN

10min

Nimm dir an dieser Stelle Zeit, die Fragen ehrlich zu beantworten. Fallen dir weitere Privilegien ein?

3
STELL DICH VOR...

10min

→Wer spricht hier?

→Was machst du? Was macht das mit der Stadt?

→Welche Forderungen stellst du an Entscheidungsträgerinnen?

4
TAUSCHT EUCH AUS...

20min

Auf dem Würfel findet ihr Fragen, die ihr euch in Bezug auf eure Urbane Praxis stellen könnt. Durch sie können wir eine Haltung zu Urbaner Praxis, zu Handlungsmöglichkeiten, zu Herausforderungen entwickeln.

Eine Person würfelt, liest eine Frage laut vor und versucht sie zu beantworten. Jetzt ist die Frage offen für die Gruppe.

Teilt eure Gedanken und Erfahrungen aus einer Projekten. So entsteht ein gemeinsames Gespräch. Der Würfel dient als passive Moderation und kann erneut gewürfelt werden, wenn euer Gespräch einen neuen Impuls braucht.

5
DEINE ERSTEN SCHRITTE...

25min

Hier ist Platz für deine Gedanken. Teile [nach 10min] einen Gedanken mit der Gruppe.

Würfel

SEITE A

ORGANISATION UND COMMONING

WARUM IN DER BEZIEHUNG ZWISCHEN STADTMACHERINNEN UND STADTMACHERN UND VERWALTUNGEN MEHR SORGESTRUKTUREN NÖTIG SIND

Urbane Governance ist für viele Initiativen innerhalb der Urbanen Liga vor allem eins: Ein langwieriger Weg, den eigenen Platz in den vielschichtigen Governance-Strukturen der Stadt zu finden. Sie bewegt sich in deutschen Kommunen in von städtischer Verwaltung klar definiertem Regelwerk und Vorgaben. Stadtmacherinnen und Stadtmacher erleben als neue Akteure in urbaner Governance selten Anerkennung ihrer Arbeit und stoßen auf undurchschaubare Verwaltungsstrukturen. Politik und Verwaltung hingegen sind mit ungewöhnlichen Raumnutzungen oft wenig vertraut und haben Probleme, den Spielraum rechtlicher Möglichkeiten von Freiraumprojekten einzuschätzen. Das ergibt aus der Perspektive junger Stadtakteure eine schwer zu durchblickende Situation mit viel Konfliktpotenzial. Im Projektalltag unterschiedlicher Initiativen der Urbanen Liga war und ist es oft schon eine erste Hürde, den richtigen Ansprechpartner für das eigene Anliegen zu finden. Es ist schwer, zu verstehen, welche Zuständigkeiten bei unterschiedlichen Dezernaten oder Ämtern liegen. Projekte drohen oftmals an scheinbar unüberwindbaren rechtlichen Hürden, undurchsichtigen Verwaltungsstrukturen oder fehlenden Ansprechpersonen zu scheitern. Doch gerade das Stadtmachen ist von spontanen Ideen geprägt. Sie wollen einfach ausprobiert und nicht durch starre Verwaltungsakte ausgebremst werden.

Dem entgegen stehen die Geschichten des Gelingens. Sie erzählen von geschickter Nutzung von Spielräumen im Planungsrecht, gesunder und wertschätzender Dialogkultur mit der Verwaltung oder vom Zufall, der dem einen oder anderen Projekt zum Erfolg verholfen hat. In diesem Spannungsfeld aus Scheitern, Neubeginn und Gelingen setzt das Ko-Forschungsprojekt an. Ausgehend von der Frage, „Woran hapert's eigentlich beim Gegenüber?" wurden verschiedene Phasen der Zusammenarbeit im Laufe eines Projekts durch einen Crowdsourcing-Prozess vertiefend beleuchtet.

Am Anfang steht das Kennenlernen und die Einschätzung, mit wem man überhaupt verhandelt. In dieser Phase

stehen Stadtmacherinnen und Stadtmacher vor allem vor der Hürde, die richtigen Ansprechpersonen zu finden. Verwaltungen hingegen fällt es schwer, einzuschätzen, wie ernst es die andere Seite meint. Spiegelt sich in einer Anfrage nur die kurzfristige Euphorie eines Party-Kollektivs oder besteht die Möglichkeit einer langfristigen Partnerschaft?

Im weiteren Verlauf des Annäherungsprozesses geht es darum, feste Ansprechpartnerinnen und -partner zu etablieren, Kommunikationskanäle aufzubauen und aufrechtzuerhalten. So schafft man die Basis für langfristige Beziehungen. Hierbei ist eines der Hauptprobleme, dass junge Initiativen einer hohen Fluktuation unterliegen und feste Ansprechpersonen für die Verwaltung nicht immer eindeutig zu identifizieren sind. Gleichzeitig ist dies auch die Phase, in der es vorkommt, dass junge Stadtgestalterinnen und Stadtgestalter ignoriert werden. Das passiert, wenn Verwaltungen davon ausgehen, dass sie keine langfristigen Ziele verfolgen.

Ist diese Hürde jedoch überwunden, ist eine erste Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen.

Deutlich wurde: Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und Stadtmacherinnen und Stadtmachern ist echte Beziehungsarbeit.

FORDERUNG

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER URBANEN LIGA

Fehlende Transparenz über Funktionen, Prozesse und Ansprechpersonen auf beiden Seiten und ein mangelndes Verständnis gegenseitiger Interessen und geschaffener Werte sind Sand im Getriebe der Zusammenarbeit. Genauso sind es Verzögerungen und Ineffizienzen. Sowohl die befragten Verwaltungen als auch die Stadtmacherinnen und Stadtmacher sehen deshalb ein großes Potenzial in der Etablierung von Schnittstellen, um diese Probleme effizient und konstruktiv zu lösen.

Zudem fühlen sich Stadtmacherinnen und Stadtmacher von Personen in der Verwaltung selten als relevante Akteurinnen wahrgenommen. Sie sehen sich selbst jedoch als außenstehende Anwältinnen und Anwälte einer gemeinwohlorientierten Stadt im Sinne der Leipzig-Charta. Vielerorts leisten sie durch ihre Projekte einen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Dementsprechend sollten Stadtmacherinnen und Stadtmacher frühzeitig in die Vergabe von Ressourcen und die Umsetzung öffentlicher Bauprojekte einbezogen werden.

Aus diesen Erkenntnissen werden folgende Handlungsempfehlungen abgeleitet:

πρϱë : l ² ¶øøëøK¦ ¦K ² ʒ9Ąã½ë

Schnittstellen-Büros verbessern die Zusammenarbeit zwischen Stadtmacherinnen und Stadtmachern und kommunalen Verwaltungen, da sie sprachliche und organisatorische Brücken bilden. Es handelt sich um mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattete und ressortübergreifende Einrichtungen, die gemeinsam mit Stadtmacherinnen entwickelt werden. So tragen sie zu einer effizienten, konstruktiven Umsetzung der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung im Sinne der Neuen Leipzig-Charta bei.

Erkenntnisse aus der allgemeinen Ressortforschung des BBSR zu Intermediären (2017) und Best-Practice-Beispiele belegen das Potenzial von Schnittstellen-Büros. Auf den lokalen Kontext angepasst können Schnittstellenbüros einen erheblichen Beitrag zu einer reibungslosen Ko-Produktion in kleinen und großen Kommunen leisten.

Beispiele für bereits initiierte Schnittstellen im Bereich der Vermittlung von Freiraum- und Zwischennutzung sowie Beratungsstellen zwischen Stadtmacherinnen und Stadtmachern und Stadtverwaltungen sind:

- ZwischenZeitZentrale, Bremen
- Freiraumbüro, Halle
- Raumkompass, Nürnberg
- Kulturbüro, Hannover
- Arbeits- und Koordinierungsstelle Gemeinwohl im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg

02 STADTMACHERINNEN UND STADTMACHER ALS TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Urbane Liga fordert, stadtgestaltende Initiativen als eine Art Träger öffentlicher Belange anzuerkennen, da sie keine rein privaten, sondern öffentliche Interessen vertreten. Um zunächst als relevante Akteursgruppen erachtet zu werden, ist eine Etablierung eines „Bundes Deutscher Stadtmacherinnen und Stadtmacher“ nötig: Dieser verfügte über ein digitales Register aller Stadtmacherinnen und Stadtmacher (vgl. www.speakerinnen.org). Auf dieses könnten die zuständigen Fachämter zugreifen. Es könnte in Kooperation mit dem Alumni-Netzwerk der Urbanen Liga erstellt werden.

03 GEMEINWOHLPROZENTE

Die Liga empfiehlt eine Anpassung von Förderrichtlinien, die eine verpflichtende Mitwirkung von Stadtmacherinnen in Konzeption und Umsetzung von Fördermaßnahmen des Bundes vorsieht. Mittels Etablierung einer Faustregel zu „Gemeinwohlprozenten“ aller Fördermittel aus der Städtebauförderung tritt sie dafür ein, 5 % aller Fördermittel direkt an Stadtmacherinnen und Stadtmacher aus der jeweiligen Kommune zu vergeben (vgl. Kunst am Bau).

04 TRANSPARENZREGISTER

Um für alle Beteiligten eine Übersicht über vorhandene Förderprogramme zu gewährleisten, schlägt die Urbane Liga die Einführung eines Transparenz-Gesetzes vor: Kommunen sollen laufende Förderungen auf ihrer kommunalen Webseite veröffentlichen, so dass Stadtmacherinnen und Stadtmacher wissen, an welche bestehenden Programme sie anknüpfen können.

Der Prototyp des Dating-Rating-Schiebers beim dritten Denklabor.
Foto: Alexander Ullmann © stadtstattstrand

PROJEKT BLITZLICHTER

PROJEKTE DER URBANEN LIGA, DIE HIER INHALTLICH ANKNÜPFEN

KULTURBEUTEL, BREMEN

Was mit der Planung von Open-Air-Veranstaltungen und Partys begann, führte im Jahr 2017 zur Gründung des gemeinnützigen Vereins Kulturbeutel e.V. Denn mit dem Interesse an vielfältigen kulturellen Aktivitäten wurde auch der Bedarf nach einem permanenten Raum dringender. Nach einigen Zwischennutzungen, unter anderem auf privaten Flächen, ist der Verein nun Mieter eines Grundstücks mit langfristiger Nutzungsperspektive. Doch der Weg dorthin verlief nicht immer geradlinig: Auf die selbstständige Suche nach einer Freifläche und einem jahrelangen Schwebezustand als Zwischennutzung folgte ein drohender Verkauf der Fläche. Durch geschicktes Lobbyieren und breite Unterstützung aus der Kultur- und Kreativszene wurde dieser letztlich abgewendet. Ausdauer und Einsatz der Beteiligten haben sich also gelohnt.

BUNTERBETON, WITTEN

Das Podcastprojekt bunterbeton macht sich seit 2020 auf die Suche nach den Menschen und Initiativen, die unsere Städte durch ihre Projekte bereichern. Das sind solche, die Orte schaffen, die sich der Allgemeinheit öffnen, Begegnungen ermöglichen und Raum für Kreatives und Freude am Leben bieten. Das Projekt trägt so zu Inspirationsaustausch, Vernetzung und Wissenstransfer zwischen stadtgestaltenden Initiativen bei.

MITTE URBAN PLAYGROUND, KIEL

Die zivilgesellschaftliche Initiative MITTE startete mit der Idee, an dem Ort, an dem sich Ost- und Westufer in Kiel treffen, eine neue Mitte für die Stadt zu gestalten. Den Weg dahin und darüber hinaus beschreitet sie gemeinsam mit lokalen Akteuren und Netzwerken. Sie gestalten ihn anhand der räumlichen Potentiale in einem dialogischen Stadtentwicklungsprozess. Dabei fungiert MITTE als eine Art Schnittstelle zwischen den Prozessen des Ortes und einem Netzwerk aus lokalen Initiativen sowie der Verwaltung. Das erzeugt neue Kommunikationsformen zwischen Zivilgesellschaft und Stadt, mit dem Ziel, Wissen koproduktiv zusammenzubringen und daraus eine zukunftsorientierte Gestaltung des Ortes zu bewirken. Ein Förderfond der Landeshauptstadt Kiel für kreative Projekte hat die zivilgesellschaftliche Initiative gestützt. Sie konnte am Beispiel der Kieler Hörn seit März 2020 explorativ einen dialogischen und koproduktiven Ansatz testen.

PELOTON, GÖTTINGEN

Dem Team von Peloton e.V., einem Projekt mit Kultur-Containern auf

einer Freifläche in Göttingen, fehlt die rechtliche Absicherung und damit die verbundene Planungssicherheit. Nach langen Verhandlungen hat die Stadt eine Ausweichfläche angeboten. Für einen Umzug und die damit verbundenen Aufgaben fehlen jedoch personelle Ressourcen und Kompetenzen innerhalb des noch jungen studentischen Teams. Hier wird deutlich: Um Stadt zu gestalten, sind vielfältige Ressourcen notwendig, die nicht immer gleichmäßig für alle Aktiven verfügbar sind.

COI, BERNBURG

Die Initiative Projektraum COI der Hochschule Anhalt betreut einen Coworking- und Eventspace für alle. Auf knapp 90 m² kann man dort unter der Woche kostenlos gemeinschaftliche Arbeitsplätze nutzen. Daneben finden am selben Ort Events statt, die auch den angrenzenden Stadtraum mitaktivieren. Gemeinsam mit dem Netzwerk und der Stadt Bernburg entwickelt die studentische Initiative neue Austausch- und Vernetzungsformate. Damit aktiviert sie kooperativ auch andere kleine Städte . Über die Vernetzungsinitiative GEMEINSAM FÜR DAS QUARTIER wirkt sie an Handlungsempfehlungen für die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit und bringt dort gezielt ihre Belange ein.

DONUT KOALITION, BERLIN

Die Berliner Donut Koalition engagiert sich für die sozialökologische Transformation in Berlin bis 2030. Dafür wird das Donut-Modell der Ökonomin Kate Raworth als Leitbild für eine Stadtentwicklung innerhalb sozialer und planetarer Grenzen herangezogen. Stadtentwicklung im Sinne des Donuts bedeutet, soziale mit ökologischen Zielen und lokale Bestrebungen mit globaler Verantwortung zu verbinden. Mit dem Bild des Donuts mobilisiert man diverse Stadtakteure der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik, mit verschiedenen Interessen und Anliegen. Es verbindet diese in einem gemeinsamen Rahmen für ein grünes und gerechtes Berlin. Für den Erfolg des Projektes wird eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Berliner Stadtpolitik und dem Senat von essenzieller Bedeutung sein.

LAB FOR DIGITAL PARTICIPATION URBANITY, BERLIN

Das Lab for Digital Participatory Urbanity (ldpu) ist ein Ort für Experimente mit städtischer Governance. Im Fokus steht die Vision einer dezentralisierten Stadt als Netzwerk selbstbestimmter und selbstverwalteter Communities. Diese entwickeln Lösungen für mannigfache Herausforderungen des heutigen repräsentativen Systems. Das Ziel des Labs liegt im Prozess: Es fördert die Entwicklung von demokratischen, selbstbestimmten Stadtgemeinschaften. Es treibt sie auch voran, digitale Tools (weiter) zu entwickeln oder deren Etablierung zu unterstützen. Dazu gehört ein Dialog in zwei Richtungen: Die Vermittlung von Wissen und Möglichkeiten digitaler, partizipativer Urbanität von Stadtgesellschaft an Politik als auch umgekehrt.

PERSPEKTIVE: STEFFEN PRÄGER

ZU GAST ZUM THEMA ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN:
STEFFEN PRÄGER (PROJEKTENTWICKLER UND STADTRAT ERFURT)

FEHLT ES VIELLEICHT AM WISSEN UMEINANDER?

Es scheint selten vorzukommen, dass man in der kommunalen Verwaltung – vielleicht abgesehen vom Jugendamt – wirklich gut um die spezifischen Bedürfnisse einer jungen, engagierten Generation weiß. Unklar bleibt hier nicht zuletzt, was man von dieser erwarten kann und wie viel man ihnen zutrauen soll.

Auf der anderen Seite: Wie viele junge Stadtmacherinnen und Stadtmacher wissen denn, wie Verwaltung wirklich funktioniert? Wie sie gegliedert ist? Wie Entscheidungsfindungsprozesse wirklich aussehen? Wo die viel beschworenen Spielräume dabei wirklich liegen? Allem voran scheint die allgemeine Wahrnehmung vorzuherrschen – und mit diesem Mythos sollte dringend aufgeräumt werden – dass Verwaltung eins und immer einig ist. Schlimmstenfalls werfen die jungen Aktiven dann auch noch die kommunale Politik in denselben Topf.

FEHLENDE LITERACY?

Und an dieser Stelle muss auch einmal Kritik geäußert werden. Mir scheint allzu häufig, dass es an (grundlegenden) Kenntnissen darüber fehlt, wie auf der kommunalen Ebene das institutionelle Wechselspiel aus Politik und Verwaltung formal, aber auch informell funktioniert.

Mit (ein bisschen) mehr Blick auf und in die Strukturen ließen sich eine Menge Irritationen und wahrgenommene Unmöglichkeiten schon vorab vermeiden. Da kann man aber beim Vorwurf, alles wäre intransparent nicht stehen bleiben. Verwaltung ist Bürokratie und diese ist nicht selten ineffizient. Aber noch bevor wir aktiv Stadt machen, sind wir Bürgerin oder Bürger. Und die haben grundsätzliche Rechte, in diese Prozesse Einblick zu nehmen. Nutzen wir diese!

MÜSSEN WIR AUCH NOCH LOBBYISTEN SEIN?

Ja! Stadtmacherinnen und Stadtmacher müssen ihr Lobbying selbst übernehmen und gut darin werden. Andere Interessengruppen innerhalb der Stadtgesellschaft machen das auch. Die allermeisten Kommunen werden mit der Aufgabe konfrontiert sein, einen Spagat zwischen nicht ausreichenden Ressourcen und unmöglich vielen Aufgaben zu bewältigen.

Es gilt, die politische Stimmung zu erfassen, die aktuellen Probleme zu

kennen und nachzuvollziehen, warum Prioritäten von wem so festgelegt worden sind. Man sollte aktiv in die Aushandlungsprozesse einsteigen, denn natürlich ist eine Entscheidung für das eigene Projekt zumeist auch eine Entscheidung gegen andere Interessen. Da braucht es bestechende Argumente und vermittelnde Angebote, die man den eigenen Fürsprecherinnen und Fürsprechern an die Hand geben kann.

Es gilt die politische Stimmung zu erfassen, die aktuellen Probleme zu kennen und nachzuvollziehen, warum Prioritäten von wem so festgelegt worden sind. Man sollte aktiv in die Aushandlungsprozesse einsteigen, denn natürlich ist eine Entscheidung für das eigene Projekt zumeist auch eine Entscheidung gegen andere Interessen. Da braucht es bestechende Argumente und vermittelnde Angebote, die man den eigenen Fürsprecherinnen und Fürsprechern an die Hand geben kann.

Ich werbe dafür, Verwaltungen als Partner zu gewinnen, denn in einer funktionierenden Partnerschaft ist das Geben und Nehmen wechselseitig.

„Mit öffentlichen Ressourcen muss wirtschaftlich umgegangen werden, das besagt die Bundeshaushaltsordnung. Grundstücke müssen demnach immer zum Marktwert verkauft werden. Die Bundeshaushaltsordnung besagt jedoch auch, dass das Wirtschaftlichkeitsprinzip in Einzelfällen umgangen werden kann. Was es dazu braucht, ist gezielte Lobbyarbeit mit der Politik.“ - Steffen Präger
Foto: Duygu Atçeken © team stadtstattstrand

VITA

Steffen Präger studierte an der Universität Erfurt Kommunikationswissenschaft und ist seit 2006 freiberuflicher Berater für Sozialmanagement und Sozialmarketing. Im Jahr 2008 folgte mit Gleichgesinnten in Erfurt die Gründung des gemeinnützigen Vereins Plattform e.V., einer Werkstatt für innovative Lösungsansätze gesellschaftlicher Problemfelder, dem er bis heute als geschäftsführender Vorstand vorsteht. Als Referent non-formaler Seminare und Dozent mit Lehraufträgen an Universität und Fachhochschule Erfurt vermittelt er seit mehr als 10 Jahren Grundlagen des agilen Projektmanagements. Er ist seit 2019 Mitglied im Erfurter Stadtrat und Ausschussvorsitzender für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung sowie aller Werkausschüsse.

ER-
GEBN.
/SSE

Mit einem besseren Verständnis von Urbaner Governance auf dem Weg zur koproduzierten Stadt: Die Arbeit der Urbanen Liga ist Wissenstransfer, Politik und Diskurs zugleich.

MANIFLUX

Staatssekretärin a.D. Anne Katrin Bohle beim dritten Denklabor
Foto: Alexander Ullmann © stadtstattstrand

ENTWICKLUNG EINER URBANE-GOVERNANCE-PERSPEKTIVE DER URBANEN LIGA

Die Forderungen und Vorschläge des aktuellen Jahrgangs speisen sich aus der Erfahrung, dass ein konstruktives Miteinander auf Augenhöhe noch längst nicht in jeder Kommune Realität ist. Die jungen Stadtmacherinnen und Stadtmacher fordern Veränderungen in der Art und Weise, wie in der Stadtentwicklung über die Verteilung von öffentlichen Ressourcen entschieden wird. Das hat den Grund, dass es für Stadtmacherinnen und Stadtmacher oft schwer ist, die richtige Ansprechpartnerin in der Verwaltung zu finden. Denn dazu müssen sie sich im allgemeinen Dickicht der Verordnungen und erforderlichen Genehmigungen zurechtfinden. Sie verlangen also mehr Bewusstsein dafür, wessen Stimme in Planungsprozessen Gehör findet. Dazu machen sie eine Entwicklung neuer Organisationsstrukturen, welche vielfältige Stimmen in die Gestaltung von Stadt einbeziehen, zur Bedingung.

Die Erfahrungen der Urbanen Liga machen deutlich: Die Arbeit an der Stadt ist ein ebenso vielschichtiger wie diskursiver Prozess. Es gilt im Spannungsfeld äußerst unterschiedlicher Interessenlagen zu vermitteln und gleichzeitig die Zukunft im Blick zu haben. In vielen Kommunen wurden in den letzten Jahren umfangreiche Leitfäden für Bürgerbeteiligung erarbeitet, die mehr Mitsprache ermöglichen sollen. Ko-Produktion von Stadt funktioniert nur dann, wenn Beteiligung nicht bloß aus Anhören und Abfragen besteht, sondern Politik und Verwaltung zivilgesellschaftlichen Akteuren auch Verantwortung und Entscheidungsbefugnisse übertragen. Dazu müssen sie Bürgerinnen und Bürger verbindlich und mit Gestaltungsmacht in Stadtentwicklungsprozesse einbeziehen.

In diesem Sinne verlangt gute urbane Governance von städtischer Politik und Verwaltung eine transparente und partizipative Herangehensweise. Dies bildet die Grundlage dafür, den Widerstreit zwischen Top-down und Bottom-up aufzulösen und gemeinsam neue Wege in der Stadtentwicklung zu beschreiten. Dieser Paradigmenwechsel hat das Potenzial, zu einer zentralen Triebfeder von Innovation in der Planung zu werden.

Das Maniflux ist ein Manifest, das niemals fertig ist, sondern fortlaufend von der Urbanen Liga weiterentwickelt wird. Damit erklärt die Urbane Liga ihr Selbstverständnis, ihre geteilten Werte und zentralen Ziele. Es entwirft fortwährend in einem offenen Arbeitsprozess Antworten auf die Fragen: Was zeichnet gute Governance aus? Wie kann die Verwaltung die Zusammenarbeit mit engagierten Stadtmachern aktiv fördern?

Neben der umfassenden Information der Bürgerinnen und Bürger und der aktiven Einbeziehung in die lokalen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse besteht für die Urbane Liga good Governance aus folgenden Kernelementen:

GOOD URBAN GOVERNANCE BRAUCHT...

... keinen Druck auf die Politik sondern Gremien, Organe und Räume zur gemeinsamen Entscheidungsfindung und Zusammenarbeit.
(Bsp. Agenda-Rat, Dinslaken)

... rechtliche Vereinbarungen zwischen allen Stakeholdern, um gemeinsame Ziele, Regeln und Prinzipien verbindlich zu machen (Bsp. Kooperations- und Finanzierungsvereinbarung Koop5/ Haus der Statistik, Berlin)

... eine Finanzierung aller beteiligten Gruppen in Prozessen der Koproduktion (Bsp. Sitzungsgelder für Initiativen, Gängeviertel Hamburg)

... Anlauf- und Schnittstellen, die sowohl innerhalb der Verwaltung als auch auf Ebene der organisierten Zivilgesellschaft arbeiten (Bsp. Freiraumbüro, Halle)

... beschleunigte Prozesse, um Aneignung von Räumen mit verhältnismäßig geringem Aufwand zu ermöglichen und Selbstwirksamkeit von engagierten Stadtmachern zu stärken (Bsp. Parklets Stuttgart)

... partnerschaftliche Kooperation, in der Verantwortung und Verpflichtung gegenüber öffentlichen Ressourcen gemeinsam getragen wird (Bsp. Multihalle e.V., Mannheim)

ÜBERSICHT ALLER HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN 2020/2021

01 URBANE POTENZIALFLÄCHEN SICHTBAR MACHEN

Um gemeinwohlorientierte Nutzungen nachhaltig zu fördern, sollte ein gewisser Prozentsatz der ungenutzten Flächen in Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) soziokulturellen Projektentwicklerinnen und -entwicklern zur Verfügung gestellt werden.

02 ZUSTÄNDIGKEITEN IN DER VERꞫ GABE ÖFFENTLICHER LIEGENSCHAFꞫ TEN DARSTELLEN

Um mehr Klarheit über die Vergabepraxis von Immobilienbeständen der öffentlichen Hand zu schaffen, bedarf es einer systematischen Darstellung der Flächen und den in der Vergabe verbundenen politischen Entscheidungsprozessen, Verantwortlichkeiten sowie Zuständigkeiten auf Stadt-, Landes- und Bundesebene.

πσϱv ° : l øϱëø Aøϱë½¦ɋA ãɋë : l Ṽϱψϱ NEU AUFGELEGT

Um weiter an der Frage der solidarischen Urbanen Praxis zu forschen und das Thema breiter zu streuen, sollten im Rahmen einer Fortführung des in der Ko-Forschung entstandenen Heftes “Macht Stadt Solidarisch” die Perspektiven weiter aufbereitet und in den Diskurs um Stadtentwicklung eingespeist werden.

πτϱë : l ²ɋøøëøK¦¦K²Ɜ9Ąã½ë

Schnittstellen-Büros verbessern die Zusammenarbeit zwischen Stadtmacherinnen und Stadtmachern sowie kommunalen Verwaltungen, da sie sprachliche und organisatorische Brücken zwischen ihnen bauen. Als finanziell mit Haushaltstiteln ausgestattete Infrastruktur, die ressortübergreifend und gemeinsam mit Stadtmacherinnen entwickelt werden, tragen sie zu einer effizienten, konstruktiven, und beispielhaften Umsetzung der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung im Sinne der Leipzig Charta bei.

die Perspektiven weiter aufbereitet und in den Diskurs um Stadtentwicklung eingespeist werden.

05 STADTMACHERINNEN UND STADTꞫ MACHER ALS TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Urbane Liga fordert, dass stadtgestaltende Initiativen als eine Art Träger öffentlicher Belange anerkannt werden, da sie keine rein privaten, sondern

öffentliche Interessen vertreten. Um zunächst als relevante Akteursgruppen anerkannt zu werden, braucht es die Etablierung eines “Bundes Deutscher Stadtmacherinnen und Stadtmacher”: Ein digitales Register aller Stadtmacherinnen und Stadtmacher, auf das die zuständigen Fachämter zugreifen könnten.

06 GEMEINWOHLPROZENTE

Weiter wird eine Anpassung von Förderrichtlinien gefordert, die eine verpflichtende Mitwirkung von Stadtmacherinnen in Konzeption und Umsetzung von Fördermaßnahmen des Bundes vorsieht. Über die Etablierung einer Faustregel zu “Gemeinwohlprozenten” aller Fördermittel aus der Städtebauförderung sollten 5% aller Fördermittel direkt an Stadtmacherinnen und Stadtmacher aus der jeweiligen Kommune gehen (vgl. Kunst am Bau).

07 TRANSPARENZREGISTER

Zudem wird die Einführung eines Transparenz-Gesetzes vorgeschlagen: Kommunen sollen laufende Förderungen auf ihrer kommunalen Webseite veröffentlichen, so dass Stadtmacherinnen und Stadtmacher wissen, an welche bestehenden Programme sie anknüpfen können.

Die Vorschläge und Forderungen der Ko-Forschungsgruppen haben das Potenzial, stärker in den politischen Diskurs auf Bundesebene eingespeist zu werden. Konkret könnte das bedeuten, dass die Mitglieder der Urbanen Liga z.B. das Aktivierungsprogramm für soziokulturelle Räume oder die die Fortbildung solidarisches Stadtmachen mit den Vertretern des Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, dem Ausschuss für Kultur und Medien oder dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend diskutieren und über konkrete Umsetzungsschritte beraten.

KOSMOS DER URBANEN LIGA

BAUSTEINE DER GEMEINSAMEN ARBEIT

Mit der Urbanen Liga ist 2018 ein Bündnis junger Stadtmacherinnen und Stadtmacher zwischen 17 und 27 Jahren entstanden. Das Bundesbauministerium lädt es regelmäßig ein, um Ideen zur zukünftigen Entwicklung von Städten mit Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums zu diskutieren. Das Bündnis gibt jungen Erwachsene, die selbst aktiv sind und Verantwortung für ihre Stadt übernehmen, die Möglichkeit, gezielt ihre Interessen und Fähigkeiten im Bereich der Stadtentwicklung auszubauen. Hier treten diese mit Mitgliedern aus Stadtinitiativen und Fachleuten aus Forschung und Planungspraxis in Kontakt und diskutieren innovative Ansätze für eine offene und jugendgerechte Stadt.

DIE DENKLABORE UND DISKUSSION DER ERGEBNISSE IM BUNDESMINISTERIUM FÜR WOHNEN, STADTENTWICKLUNG UND BAUWESEN

Die Denklabore sind zweimal jährlich das zentrale Element der gemeinsamen Arbeit, das heißt der Entwicklung von Ideen und Forschungsansätzen auf Basis der eigenen Projekterfahrung. Anschließend werden die Ergebnisse mit dem amtierenden Staatssekretär Dr. Rolf Bösinger aus dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und weiteren Vertretern des Bundes diskutiert.

URBANE LIGA ON TOUR

Die erarbeiteten Themen aus den Denklaboren werden im Rahmen von Veranstaltungen in den Heimatstädten der Urbanen Liga oder im Rahmen des Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Kombination mit der Projektausstellung präsentiert.

AqKĵ¤½ʒc½ãë : l ÿ ² d

Ko-Forschung ist die eigenständige Weiterentwicklung von Forschungsansätzen und Werkzeugideen aus den Denklaboren. Sie ist selbstverwaltet und selbstorganisiert.

URBANE LIGA ALUMNINETZWERK

Die Urbane Liga ist Botschafter von neuen und zukunftsfähigen Perspektiven junger Erwachsener auf aktuelle Themen der Stadtentwicklung. Das Alumninetzwerk ist Netzwerkplattform und dynamischer Wissensspeicher für die Alumni der Urbanen Liga. Es agiert als eigenständiger Verein.

QUICKLINKS: PUBLIKATIONEN UND WERKZEUGE DER URBANEN LIGA

Der Kosmos der Urbanen Liga kann unter www.urbane-liga.de erkundet werden.

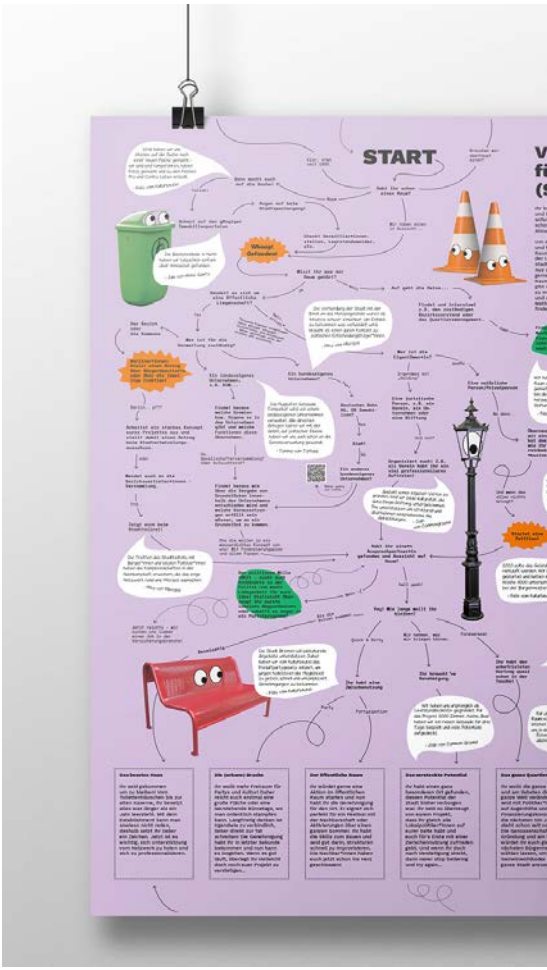
Denklabor 4 im Haus der Statistik
Foto: Duygu Atçeken © stadtstattstrand

ãKëë½ÿã:K²ʒ¤½°à ëë

DER WEGWEISER ZUR GEMEINWOHLORIENTIERTEN AKTIVIERUNG VON STADT UND RAUM

Um ausgetretene Pfade, geheime Abkürzungen und fiese Sackgassen auf der Suche nach (Stadt-)Raum aufzudecken, wurde im eigenen Kosmos der Stadtmacherinnen und Stadtmacher nachgeforscht. Ziel war es, ein Werkzeug zu erarbeiten, welches Initiativen helfen soll, leichteren Zugang zu öffentlichen Ressourcen zu finden. Diese Ressourcen sind beispielsweise finanzielle Mittel, Zugang zu Information, Zugang zu Gebäuden oder Grundstücken und Unterstützung von städtischen Verwaltungen.

Aus dem kollektiven Wissen ist ein spielerischer Wegweiser im Poster-Format entstanden. Beispiele bestehender Initiativen und deren Geschichten, Vorgehensweisen und Methoden machen Mut, den eigenen Weg in der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu finden.



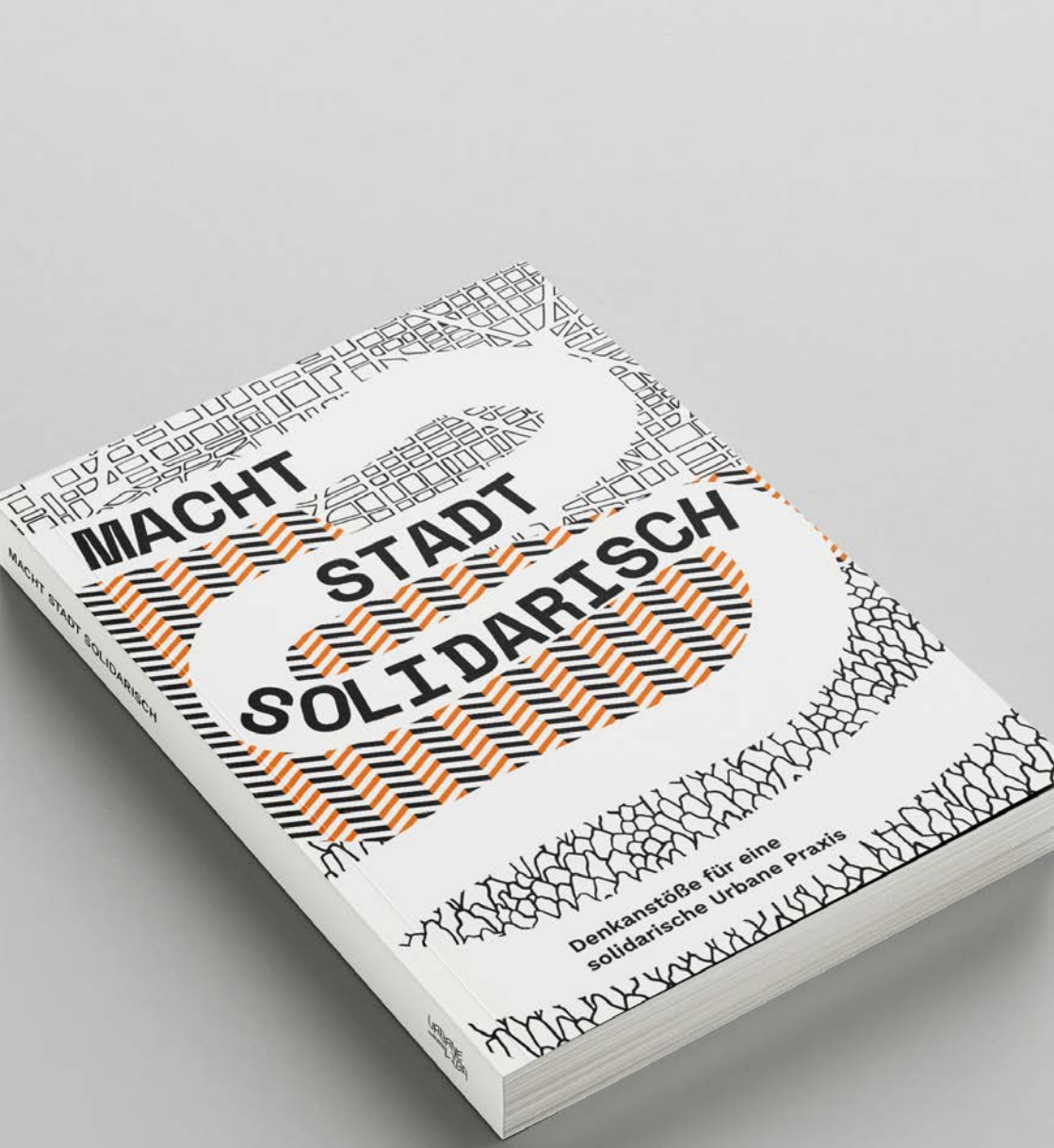
Das doppelseitige Ressourcen-Kompass-Plakat kann auf der Urbane Liga-Website in der Rubrik Ko-Forschung als PDF im DIN A2-Format heruntergeladen werden.
Mockup: Studio Biere © stadtstattstrand

MACHT STADT SOLIDARISCH

DENKANSTÖSSE FÜR EINE SOLIDARISCHE URBANE PRAXIS

Das Heft „Macht Stadt Solidarisch“ setzt sich mit einem machtkritischen Blick auf Urbane Praxis auseinander und begibt sich auf die Suche nach solidarischen Ansätzen innerhalb dieser. In Ergänzung zu dem Heft ist ein Gesprächswerkzeug entstanden. Es besteht aus einem Würfel und einer Spielanleitung, regt den gemeinsamen Austausch über Privilegien und Diskriminierung innerhalb der Stadtentwicklung an und diskutiert solidarische Handlungsmöglichkeiten in der eigenen Urbanen Praxis. Weil das Gesprächswerkzeug am besten im Austausch mit Anderen funktioniert, eignet es sich perfekt für Workshop-Formate unter Kollektiven, Initiativen oder Freundinnen und Freunden.

Sowohl der Ressourcen-Kompass im Poster-Format, das Heft, sowie der Würfel können über die Webseite der Urbanen Liga kostenfrei heruntergeladen werden.



Cover des Magazins „Macht Stadt Solidarisch“
Mockup: Studio Biere © stadtstattstrand

MEHR